

DAS MOTU PROPRIO *VOS ESTIS LUX MUNDI*. PERSPEKTIVEN UND ANMERKUNGEN*

von Christoph Ohly

1. GEISTLICHES WORT ODER VERBINDLICHER RECHTSTEXT?

Vos estis lux mundi – „Ihr seid das Licht der Welt“. Dieses Wort aus dem Herzen der Bergpredigt im Matthäusevangelium (Mt 5,14), das über diesem ersten Vortrag zur Tagung *De Processibus Matrimonialibus* (DPM) steht, könnte den in der kurialen Praxis Unerfahrenen zu einer erstaunten Frage verleiten. Haben sich die Veranstalter der Tagung in diesem Jahr dazu entschlossen, die Vorträge mit einem geistlichen Wort zu eröffnen? Für eine kirchenrechtliche Fachtagung ein wahrlich ungewöhnlicher, gleichwohl in Zeiten wie diesen nicht undenkbarer Gedanke. Kirchliches Recht ist schließlich nicht frei von einer gewissen spirituellen Dimension, wenn man es als ein *instrumentum caritatis et veritatis* im Innern der kirchlichen Sendung versteht.

Kirchliches Recht ist nicht das Wort Gottes und auch kein Sakrament. Es ist ein aus der sich in Wort, Sakrament und Caritas vollziehenden Sendung der Kirche erwachsendes Instrument, das im kirchlichen Leben den Prinzipien von Wahrheit und Gerechtigkeit ebenso zu dienen sich bemüht wie den Maßgaben des Glaubens von Liebe und Barmherzigkeit. Kirchliches Recht will die rechtlich relevanten Dimensionen des Glaubens ins Wort und damit in die verbindliche Bestimmung für die Lebenspraxis der Kirche und der einzelnen Gläubigen übersetzen. Kirchliches Recht dient auf diese Weise dem authentischen und wirksamen Vollzug der kirchlichen Gemeinschaft¹. Die damit verbundene stringente Methode des kanonischen Rechts verhindert jedoch nicht eine über die eigentliche Rechtsaussage hinausgehende Strahlkraft. Im Gegenteil! So mag durchaus manche Rechtsnorm bei aller normativen Stringenz und Aussagekraft nicht selten zu einem gewissen Verweilen einladen, das zum Nachdenken, vielleicht so-

* Das Manuskript des Vortrags zur Studententagung DPM 21.-22.11.2019 wurde für die Publikation aktualisiert (Stand: 28.2.2020).

¹ Vgl. dazu u.a. AYMAN, W., *Lex canonica*. Erwägungen zum kanonischen Gesetzesbegriff: AfkKR 153 (1984) 337-353.

gar zu einer Art Betrachtung führen kann. Selbstverständlich ist dies aber nicht das primäre Ziel kirchenrechtlicher Bestimmungen.

Vos estis lux mundi – Dass es sich bei den folgenden Überlegungen nicht um einen geistlichen Eröffnungsimpuls handelt, ist einsichtig. Zum einen, weil sich das darauf bezogene Leitwort des Apostolischen Schreibens in Form eines Motu Proprio, das Papst FRANZISKUS am 7.5.2019² erlassen hat, der Gewohnheit der Römischen Kurie verdankt, Gesetzestexte nach den ersten Anfangsworten zu benennen. Zum anderen aber auch, weil die damit verbundene Thematik zu den erschreckendsten Herausforderungen der Kirche in der jüngeren Zeit gehört: die sexualisierte Gewalt an Schutzbefohlenen durch Kleriker, Ordensangehörige und andere Beschäftigte im kirchlichen Dienst.

Es mag diese Einsicht gewesen sein, die Papst FRANZISKUS dazu motiviert hat, dem Motu Proprio als universalkirchlichem Gesetz und Rechtstext mit dem Wort des Herrn der Kirche bewusst das geistliche Gegenprogramm und folglich die göttliche Maßgabe für das Geschöpf Mensch in Form einer erinnernden Mahnung entgegenzusetzen. So formuliert er zu Beginn:

„Ihr seid das Licht der Welt. Eine Stadt, die auf einem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben (Mt 5,14). Unser Herr Jesus Christus ruft jeden Gläubigen, ein leuchtendes Vorbild an Tugend, Integrität und Heiligkeit zu sein. Wir alle sind nämlich berufen, in unserem Leben und insbesondere in unserer Beziehung zum Nächsten konkretes Zeugnis für den Glauben an Christus zu geben.“³

Da die Verbrechen sexuellen Missbrauchs den Herrn der Kirche und damit den Geber dieser großen Berufung zur Heiligkeit – und das heißt Anteilhabe des Menschen am göttlichen Leben – beleidigen, bei den Opfern häufig bleibende physische, psychische und spirituelle Schäden verursachen und schließlich auch die Gemeinschaft der Kirche in ihrer Authentizität verletzen, bedarf es eines ehrlichen und konsequenten Umgangs mit diesem Skandal und jedem seiner einzelnen Fälle. Die Kirche hat dieses Vorgehen auf universal- wie auch auf teilkirchlicher Ebene schmerzlich lernen müssen. Dabei sind nicht wenige Fehler gemacht worden und werden wohl auch bis heute gemacht. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass einschlägige universal- und teilkirchliche Normen seit bereits geraumer Zeit darauf ausgerichtet sind, Fälle sexuellen Missbrauchs konsequent sanktionsrechtlich zu verfolgen, Opfern die unbedingte Aufmerksamkeit und gebührende Hilfe seitens der Kirche zukommen zu lassen sowie durch einschlägige Interventions- und Präventionsmaßnahmen zu einem effektiven Wan-

2 Papst FRANZISKUS, Motu Proprio *Vos estis lux mundi* vom 7.5.2019: OssRom 159 (2019) Nr. 106 vom 10.5.2019, 10; ebenso Comm. 51 (2019) 23-33, im Folgenden VELM.

3 VELM, Präambel. Hervorhebungen im Original.

del des Bewusstseins und zu einer Kultur der Aufmerksamkeit zu gelangen⁴. Insbesondere die Prävention markiert Hans ZOLLER als eine weltkirchliche Aufgabe, die durch das *Motu Proprio Vos estis lux mundi* in Erinnerung gerufen wird⁵.

Sowohl den universalkirchlichen Bestimmungen als auch den Dokumenten zum Umgang mit sexuellem Missbrauch im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz eignet dabei ein gewisser exemplarischer Charakter. Ihre Anwendung und Umsetzung sind aber bis heute zugleich von Schwierigkeiten begleitet, die sich aus unterschiedlichen Gründen auftun und regelmäßig aktuelle Desiderate im Blick auf eine wirkungsvollere Vorgehensweise hervorbringen⁶. Gerade in diesen Schwierigkeiten im Rahmen der praktischen Umsetzung bestehender Rechtsbestimmungen mag einer der Gründe liegen, die Papst FRANZISKUS bewogen haben, die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen zu einem sog. „Missbrauchsgipfel“ einzuladen, der vom 21.2. bis 24.2.2019 in Rom stattfand. Das *Motu Proprio Vos estis lux mundi* stellt eine unmittelbare Frucht dieser durchaus divergent beurteilten Beratungen dar, mit der – wie Bischof Stephan ACKERMANN als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Fragen des sexuellen Missbrauchs im kirchlichen Bereich und für Fragen des Kinder- und Jugendschutzes feststellte – „Papst Franziskus als universalkirchlichen Gesetzgeber den Kampf gegen den sexuellen Missbrauch durch kirchliche Amtsträger noch konsequenter und präziser als bisher weiterführen will“.⁷

4 Aktuell vgl. Deutsche Bischofskonferenz, Rahmenordnung – Prävention gegen sexualisierte Gewalt an Minderjährigen und schutz- oder hilfsbedürftigen Erwachsenen im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz vom 1.1.2020: ABl. Köln 160 (2020) 1-5.

5 Vgl. ZOLLNER, H., Prävention sexualisierter Gewalt – eine weltkirchliche Aufgabe: LS 70 (2019) 210-213; DERS., „Prävention wirkt“: HerKorr 73 (2019) 15-19.

6 Nicht zuletzt deswegen wurden die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz nach sechs Jahren der Erprobung und insbesondere nach der Veröffentlichung der MFG-Studie einer Aktualisierung und Überarbeitung im Licht des *Motu Proprio Vos estis lux mundi* unterzogen und zum 1.1.2020 in Kraft gesetzt. Zu den kirchenrechtlichen Desideraten der Überarbeitung vgl. PLATEN, P., Sexualisierte Gewalt an Schutzbefohlenen – kirchenrechtliche Perspektiven: LS 70 (2019) 198-201. Siehe: Ordnung für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger und schutz- oder hilfsbedürftiger Erwachsener durch Kleriker und sonstige Beschäftigte im kirchlichen Dienst: ABl. Köln 160 (2020) 5-11, im Folgenden: DBK, Ordnung-2020.

7 Bischof Stephan ACKERMANN, Stellungnahme als Beauftragter der DBK für Fragen des sexuellen Missbrauchs, einsehbar unter: <https://www.dbk.de/de/presse/aktuelles/meldung/bischof-ackermann-zum-motu-proprio-vos-estis-lux-mundi-von-papst-franziskus/detail> (Zugriff: 2.11.2019).

Damit ist das Motiv für die folgenden Überlegungen aufgetan⁸. Welche Perspektiven und Einforderungen kennzeichnet das *Motu Proprio*? In welchen Bereichen bringt es für die Gesamtkirche Fortschritte im Kampf gegen den sexuellen Missbrauch in der Kirche mit sich? Wo hingegen bedarf es weiterer verändernder Maßnahmen vor allem auf partikularkirchlicher Ebene?

2. ZENTRALE PERSPEKTIVEN

2.1. Allgemeines

Das *Motu Proprio* *Vos estis lux mundi* bezeichnet ein universalkirchliches päpstliches Gesetz, das sowohl für die Lateinische Kirche als auch für die Katholischen Ostkirchen Geltung besitzt. Es umfasst eine Präambel, zwei Titel mit 19 Artikeln sowie zwei kurze Schlussbestimmungen zur Approbation und Promulgation des Gesetzestextes. Im Titel I werden allgemeine Bestimmungen zusammengeführt, während Titel II neue konkrete Normen hinsichtlich der Bischöfe und der ihnen Gleichgestellten umfasst.

Entgegen der Norm des c. 8 § 1 CIC, der eine Promulgation päpstlicher Gesetze in den *Acta Apostolicae Sedis* vorsieht, normiert Papst FRANZISKUS, dass das *Motu Proprio* in der italienischen Tagesausgabe des *L'Osservatore Romano* veröffentlicht⁹ und erst nachfolgend in den *Acta Apostolicae Sedis* publiziert wird. Als Datum der Inkrafttretung *ad experimentum* für drei Jahre wird der 1.6.2019 benannt. Das Promulgationsvorgehen mag der zeitweilig doch recht verzögert verlaufenden Publikation der *Acta Apostolicae Sedis* geschuldet sein, stellt aber dennoch eine Anfrage an die inzwischen sich häufende Vorgehensweise, namentlich an die Tatsache, einen solchen Gesetzestext rechtsverbindlich in einer Tageszeitung zu veröffentlichen. Ob dies der beste Weg für eine unmittelbare Bekanntheit und Kenntnisnahme von päpstlichen Gesetzestexten darstellt, kann und muss durchaus angezweifelt werden. Eine Reform der verzögerten Publikationspraxis der *Acta Apostolicae Sedis* ist dringend geboten. Der Text ist zwar

⁸ Vgl. dazu als erste kanonistische Publikationen: RODRÍGUEZ-OCAÑA, R., *El motu proprio „Vos estis lux mundi“*; IusCan 59 (2019) 825-884; AMALRAJ, A., *Vos Estis Lux Mundi. Procedural Norms on Protecting Minors and Vulnerable Adults: Indian theological studies* 56 (2019) 307-358; THEKKEKARA, G., *An overview of the Vos estis lux mundi: Ephrem's theological journal* 23 (2019) 150-174; ASTIGUETA, D. G., *Lettura di Vos estis lux mundi*; PerRCan 108 (2019) 517-550; SÁNCHEZ-GIRÓN RENEDO, J. L., *El „motu proprio“ „Vos estis lux mundi“*. Contenidos y relación con otras normas del derecho canónico vigente: EstE 94 (2019) 655-703.

⁹ Vgl. Anm. 2.

inzwischen auch in den *Communicationes* abgedruckt¹⁰ und findet sich in den wichtigsten kirchlichen Sprachen – außer Latein – auch auf der Homepage des Apostolischen Stuhls. Eine Publikation in den *Acta Apostolicae Sedis* jedoch ist bisher noch nicht erfolgt.

2.2. Dimensionen der Präambel

Den rechtlichen Bestimmungen in den beiden Titeln des Motu Proprio ist eine Präambel vorausgestellt, mit der über die bereits angeführten Aussagen hinaus an zwei zentrale Dimensionen erinnert wird. Danach braucht es gemäß der Überzeugung des Papstes „eine ständige und tiefe Umkehr der Herzen, die durch konkrete und wirksame Handlungen bezeugt wird“¹¹ und die im Sinne einer geistlichen Erneuerung der Kirche und der persönlichen Berufung zur Heiligkeit Fälle sexuellen Missbrauchs auf Dauer zu verhindern vermag. An dieser Stelle wären jedoch auch entsprechende Hinweise sinnvoll gewesen, die über diese zweifellos wichtige und zentrale geistliche Dimension hinausgehen, beispielsweise einschlägige Fragen rund um die Ausbildung der künftigen Kleriker anzusprechen, namentlich deren notwendige physische und psychische Reife, die Formung und Bildung der menschlichen Person oder auch die Atmosphäre der Transparenz und Aufmerksamkeit¹².

Im Bewusstsein, dass die Umkehr ein beständiges geistliches Ereignis im Innern des Herzens eines Gläubigen darstellt, bedarf es aber auch öffentlicher Ausdrucksformen, durch die die Kirche als Ganze Schuld bekennt und Gott und einander um Vergebung bittet. Die jüngere Geschichte der Kirche kennt solche Ereignisse, beispielsweise das Allgemeine Schuldbekenntnis im Heiligen Jahr 2000 durch Papst JOHANNES PAUL II¹³. Der jährliche Gebetstag für die Opfer

10 Vgl. Anm. 2.

11 VELM, Präambel.

12 So beispielsweise mit Verweis auf Kongregation für den Klerus, Das Geschenk der Berufung zum Priestertum. Ratio Fundamentalis Institutionis Sacerdotalis vom 8.12.2016, Vatikanstadt 2016, dt. Fassung: VApSt 209, hier vor allem Artt. 93-100.

13 Der Text des Schuldbekenntnisses findet sich unter <https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/vergebungsbitte-von-papst-johannes-paul-ii> (Zugriff: 2.11.2019). Vgl. dazu Müller, G. L. (Hrsg.), Internationale Theologische Kommission, Erinnern und Versöhnen. Die Kirche und die Verfehlungen in ihrer Vergangenheit. Einsiedeln 2000; MAIHOLD, M., „Schuld“ und „Verantwortung“. Das „Schuldbekenntnis“ der Katholischen Kirche aus rechtshistorischer und rechtsethischer Sicht: AfKKR 169 (2000) 84-107.

sexuellen Missbrauchs in der Kirche ist dafür inzwischen ein wertvolles und notwendiges Zeichen¹⁴.

Ebenso erinnert die Präambel mit dem II. Vatikanischen Konzil¹⁵ aber auch an die Erstverantwortung der Bischöfe und in Folge dessen auch aller verantwortlichen Personen auf den Ebenen des kirchlichen Verfassungs- und Vereinigungsgefüges, u.a. im Bereich der Institute des geweihten Lebens. Durch die normierten Verfahrensregeln soll die Wahrnehmung dieser Verantwortung sichergestellt werden, „um diesen Straftaten, die das Vertrauen der Gläubigen verraten, vorzubeugen und entgegenzuwirken“¹⁶. Welche Maßnahmen und Verfahrensregeln werden dafür getroffen? Im Folgenden sollen insbesondere die Neuerungen systematisiert und benannt werden, die sich durch die Bestimmungen des Motu Proprio ergeben.

2.3. Allgemeine Bestimmungen

In den fünf Artikeln des Motu Proprio, die den ersten Titel ausmachen, werden allgemeine Bestimmungen zusammengeführt, die sowohl terminologische Klärungen als auch grundlegende Handlungsanweisungen umfassen.

2.3.1. Anwendungsbereich und Begriffsklärung

Art. 1 VELM betrifft sowohl den Anwendungsbereich im Blick auf die davon betroffenen Personen als auch die begrifflichen Klärungen zum Phänomen des sexuellen Missbrauchs. Die Normen beziehen sich demzufolge auf Fälle sexuellen Missbrauchs Minderjähriger oder schutzbedürftiger Personen durch Kleriker und Angehörige der Kanonischen Lebensverbände, das heißt der Institute des geweihten Lebens und der Gesellschaften des apostolischen Lebens. Damit kommt es zu einer vierfachen Erweiterung des Anwendungsbereichs und der einschlägigen bisher geltenden kirchenrechtlichen Straftatbestände wie sie – zumindest teilweise – die zur Zeit der Promulgation des Motu Proprio geltenden Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz¹⁷ begrifflich und normativ gefasst haben:

14 Dieser Gedenktag wird auf Anregung von Papst FRANZISKUS jährlich am 18. November begangen.

15 Mit Verweis auf Vat II, LG 27.

16 VELM, Präambel.

17 Vgl. die bis dahin geltende Fassung der Leitlinien: Deutsche Bischofskonferenz, Leitlinien für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohler durch Kleriker, Ordensangehörige und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz vom 26.8.2013: Arbeitshilfen 246, 16-33, auch: AfK 182 (2013) 529-539, hier Nr. 2. Im Folgenden: DBK, Ordnung-2013. Im Vergleich dazu DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nr. 1.

1. Demnach sind nicht allein Kleriker, sondern auch nichtklerikale Angehörige der Kanonischen Lebensverbände von den Bestimmungen erfasst. Der Verweis auf andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst, der sich in den bei der Promulgation des Motu Proprio geltenden Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz findet, fehlt allerdings an dieser Stelle. Auch universalkirchlich wäre dieser Bezug notwendig und sinnvoll gewesen.
2. Zu den Minderjährigen, also jenen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder ihnen vom Gesetz gleichgestellt werden, treten die „schutzbedürftigen Personen“ hinzu, die gemäß Art. 1 § 2 lit. b) VELM jene Personen bezeichnen, die sich „im Zustand von Krankheit, von physischer oder psychischer Beeinträchtigung oder von Freiheitsentzug“ befinden, „wodurch faktisch, auch gelegentlich, ihre Fähigkeit zu verstehen und zu wollen eingeschränkt ist, zumindest aber die Fähigkeit, der Schädigung Widerstand zu leisten“¹⁸. Hier entspricht die Begriffsklärung dem unmittelbar im Anschluss an den „Missbrauchsgipfel“ von Papst FRANZISKUS erlassenen Motu Proprio zum Kinderschutz vom 26.3.2019¹⁹.
3. Die in Übereinstimmung mit der kirchlichen Rechtstradition als „Straftat gegen das sechste Gebot“ bezeichnete Handlung sanktionsrechtlicher Natur liegt nicht allein bei Vollzug sexueller Handlungen mit einer minderjährigen oder schutzbedürftigen Person vor, sondern umfasst auch alle „unter Gewalt oder Drohung oder durch Amtsmissbrauch“²⁰ motivierte sexuelle Handlungen unter Zwang. Dazu zählt folglich auch die Norm des c. 1387 CIC, der gemäß sich ein Priester durch den Amtsmissbrauch im Bußsakrament gegenüber einem erwachsenen Pönitenten als Schutzbefohlenem schuldig macht, der diesen zu einer sexuellen Handlung verführt²¹.
4. Der Begriff des „kinderpornographischen Materials“ wird insofern geweitet, als es sich um Darstellungen nicht allein von Kindern, sondern generell von Minderjährigen handelt, „die unabhängig vom verwendeten Mittel in explizite sexuelle Handlungen, seien sie real oder simuliert, verwickelt“ sind, einschliessweise jede Form der „Darstellung der Geschlechtsorgane von Minderjährigen zu vorwiegend sexuellen Zwecken“²².

18 Vgl. DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nrn. 2 und 3.

19 Papst FRANZISKUS, Motu Proprio *La tutela dei minori* v. 26.3.2019: OssRom 159 (2019) Nr. 74 vom. 30.3.2019, 6; ebenso Comm. 51 (2019) 20-22.

20 VELM, Art. 1 § 2 lit. a), I.

21 Vgl. DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nrn. 2 und 3.

22 VELM, Art. 1 § 2 lit. c); auch DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nr. 2c. Vgl. dazu ausführlich PLATEN, P., Die Würdigung von Handlungen im Zusammenhang von pornographischen Darstellungen von Minderjährigen im geltenden kirchlichen Strafrecht:

Die angeführten Erweiterungen in Bezug auf den Anwendungsbereich des Motu Proprio dienen der begrifflichen Klärung möglicher Straftaten und der davon betroffenen Personen. Ziel des Gesetzgebers ist es, nicht nur Klarheit in Bezug auf mögliche Anwendungsfälle zu schaffen, sondern mit Hilfe des Gesetzes zugleich eine Art von Abschreckung zu bewirken. Die Kirche macht an dieser Stelle deutlich, dass sie unzweifelhaft unangemessene und kriminelle Handlungen benennt und sanktionsrechtlich verfolgt.

Eine beachtliche Neuerung liegt in diesem Kontext ohne Zweifel in der Bestimmung zur umgangssprachlich sogenannten „Vertuschung“. Demzufolge finden die Normen des Motu Proprio gemäß Art. 1 § 1 lit. b) VELM auch Anwendung gegenüber jenen „Verhaltensweisen, die von den in Artikel 6 genannten Personen verwirklicht werden und in Handlungen oder Unterlassungen bestehen, die darauf gerichtet sind, die zivilen Untersuchungen oder kirchenrechtlichen Untersuchungen verwaltungsmäßiger oder strafrechtlicher Natur gegenüber einem Kleriker oder einer Ordensperson bezüglich der [...] genannten Vergehen zu beeinflussen oder zu umgehen“. Diese sind – neben den bereits in Art. 1 § 1 lit. a) VELM erwähnten Straftaten – ebenso Gegenstand des zweiten Titels des Motu Proprio und beziehen sich hier ausdrücklich auf Kardinäle, Patriarchen, Gesandte des Papstes, Bischöfe und die ihnen vom Recht her Gleichgestellten sowie die obersten Leiter der Kanonischen Lebensverbände.

2.3.2. Diözesane Anlaufstelle

Zu den Neuerungen, die durch das Motu Proprio nun universalkirchlich festgeschrieben werden, gehört darüber hinaus die Verpflichtung, dass alle Diözesen und Eparchien, sei es einzeln oder gemeinsam, innerhalb eines Jahres nach Inkraftsetzung (folglich bis zum 1.6.2020) über stabile und der Öffentlichkeit leicht zugängliche Verfahren verfügen müssen, um sexuellen Missbrauch von Minderjährigen und Schutzbefohlenen durch Kleriker oder Mitglieder der Kanonischen Lebensverbände sowie andere Delikte wie Kinderpornographie in dem zuvor beschriebenen Sinn anzeigen zu können²³.

Genauere Verfahrensrichtlinien werden hierfür zwar nicht vorgegeben; diese obliegen vielmehr den Ortskirchen, die diese gemäß den eigenen Gegebenheiten und vor dem Hintergrund der jeweiligen Kultur erstellen. Doch die universal-kirchliche Verpflichtung zur Errichtung der diözesanen oder überdiözesanen Anlaufstellen ist unzweifelhaft und sollte daher nach dem 1.6.2020 auch einer entsprechenden Kontrolle unterzogen werden. Dieser Überprüfung dient die Bestimmung, dass der betreffende päpstliche Vertreter über die Errichtung der

Ohly, C. / Haering, S. / Müller, L. (Hrsg.), Rechtskultur und Rechtspflege in der Kirche. (FS Wilhelm REES). (KST 71) Berlin 2020, 623-636.

²³ Vgl. dazu DBK, Ordnung-2013 (s. Anm. 17), Nr. 4-16 und erheblich erweitert DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nr. 4-19.

Meldestelle informiert werden muss²⁴. Sollte dies auf dem Gebiet einer Bischofskonferenz zum 1.6.2020 noch nicht erfolgt sein, wird der päpstliche Gesandte die Bischöfe an ihre Verpflichtung erinnern. Eine Unterlassung der Errichtung von Anlaufstellen müsste mit Blick auf die eindeutige Maßgabe rechtliche Konsequenzen mit sich bringen.

Eingehende Meldungen müssen unter Wahrung der in c. 471 n. 2 CIC und c. 244 § 2 n. 2 CCEO normierten Bestimmungen zum Amtsgeheimnis und der damit verbundenen Kriterien der Sicherheit, Unversehrtheit und Vertraulichkeit an den entsprechenden Ordinarius des Ortes, an dem die Taten stattgefunden haben sollen, sowie an den Ordinarius der beschuldigten Person weitergeleitet werden²⁵.

2.3.3. Anzeigepflicht

Eine weitere Neuerung, die sich als solche bereits in Nr. 11 der zur Zeit der Promulgation des Motu Proprio geltenden Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz findet, betrifft die Verpflichtung aller Kleriker und Mitglieder der Kanonischen Lebensverbände, der zuständigen kirchlichen Autorität, d.h. dem Ordinarius des Ortes, wo die Taten stattgefunden haben sollen oder einem anderen Ordinarius gemäß c. 134 CIC, Nachrichten über oder zumindest triftige Gründe für die Annahme einer Straftat gemäß Art. 1 VELM zu melden²⁶. Die Verpflichtung als solche gilt jedoch nicht nur für Kleriker und Angehörige Kanonischer Lebensverbände, sondern gemäß Art. 3 § 2 VELM für alle Gläubigen und letztlich für jede Person. Berührte diese Verpflichtung bisher in gewissem Sinne nur das individuelle Gewissen, so wird sie mit Art. 3 § 1 VELM zu einem allgemein anerkannten Rechtsgebot. Das Gebot erfährt jedoch eine Einschränkung durch den Vorbehaltshinweis auf die in c. 1548 § 2 CIC und c. 1229 § 2 CCEO beschriebenen Fälle, namentlich der amtlichen Schweigepflicht (Amtsgeheimnis) und nächster verwandtschaftlicher Beziehungen. Ebenfalls davon unangetastet bleibt das Beichtgeheimnis und seine Schutznormen gemäß c. 983 und 984 CIC²⁷.

Betrifft die Meldung die in Art. 6 VELM angeführten Personen, erfolgt die gemäß Art. 3 § 3 VELM möglichst detaillierte Meldung entweder direkt oder wohl in der Regel über den Apostolischen Vertreter an die in Art. 8 und 9 VELM festgeschriebenen Dikasterien der Römischen Kurie, unter ihnen insbesondere die Kongregation für die Glaubenslehre hinsichtlich der ihr von den universal-

²⁴ Vgl. VELM, Art. 2 § 1.

²⁵ Vgl. VELM, Art. 2 §§ 2 und 3.

²⁶ Vgl. DBK-Ordnung-2013 (s. Anm. 17), Nr. 11, ausführlicher DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nr. 10-19.

²⁷ Vgl. VELM, Art. 3 §§ 1 und 2.

kirchlichen Bestimmungen reservierten Behandlung der einschlägigen Straftaten (*delicta graviora*).

Die Verpflichtung zur Anzeige an die zuständige kirchliche Autorität beeinträchtigt oder ändert keineswegs andere Meldepflichten, welche in den zivilen Rechtsordnungen vorgesehen sind. Die kirchlichen Regeln gelten „ohne die jeweils von den staatlichen Gesetzen festgelegten Rechte und Pflichten zu beeinträchtigen, insbesondere diejenigen in Bezug auf allfällige Meldepflichten an die zuständigen zivilen Behörden“²⁸. So sieht Nr. 29 der zur Zeit der Promulgation des *Motu Proprio* geltenden Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz vor, dass bei Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht einer entsprechenden Straftat ein Vertreter des Ordinarius die Informationen an die staatliche Strafverfolgungsbehörden weiterleitet und, soweit rechtlich geboten, andere zuständige Behörden wie Jugendämter informiert.²⁹ Diese Weiterleitungspflicht entfällt nur, wenn dies dem ausdrücklichen Willen des mutmaßlichen Opfers entspricht und der Verzicht auf eine Mitteilung rechtlich zulässig ist. Die Verzichtsgründe bedürfen einer genauen Dokumentation, die vom mutmaßlichen Opfer bzw. seinen Eltern oder Personensorgeberechtigten zu unterzeichnen ist.

2.3.4. Schutz von Hinweisgebern

Unbeschadet der kodikarischen Bestimmungen zum Delikt einer fälschlichen oder verleumderischen Anzeige sowie der Schädigung des guten Rufes gemäß c. 1390 CIC sowie cc. 1452 und 1454 CCEO stellt das *Motu Proprio* deutlich den Schutz möglicher Hinweisgeber heraus. Diese dürfen nach Art. 4 § 2 VELM keinen Beeinträchtigungen, Formen der Vergeltung oder Diskriminierungen aufgrund der Tatsache ausgesetzt werden, eine Meldung unternehmen zu wollen oder unternommen zu haben³⁰. Die Tatsache einer vorgenommenen Meldung stellt nach Art. 4 § 1 keine Verletzung des Amtsgeheimnisses dar, das generell durch c. 1548 § 2 CIC und c. 1229 § 2 CCEO geschützt ist. Dem Hinweisgeber kann in diesem Kontext gemäß Art. 4 § 3 VELM kein amtlich begründetes Schweigegebot auferlegt werden. Gleichwohl bleibt auch hier das Beichtgeheimnis in seiner absoluten Verpflichtung gemäß cc. 983 und 984 CIC unangestastet.

Liegt eine solche Handlung der Beeinträchtigung oder Diskriminierung nachweislich vor, ergänzt diese die strafwürdigen Verhaltensweisen gemäß Art. 1 § 1 lit. c), nach dem einschlägige Beeinflussungsversuche oder Versuche der Veruschung sanktionsrechtlich verfolgt werden können.

28 VELM, § 19.

29 Vgl. Anm. 17. Vgl. DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nr. 33-35.

30 Vgl. DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nr. 22.

2.3.5. Opferschutz

Eigens zur Sprache bringt Art. 5 § 1 VELM die besondere Fürsorgepflicht der Kirche, den Opfern und ihren Familien „mit Würde und Respekt“ zu begegnen und ihnen Annahme, Gehör und Begleitung, spirituelle Betreuung sowie medizinische, therapeutische und psychologische Betreuung anzubieten. Im Handeln der Kirche muss gemäß Art. 5 § 2 VELM das Bild und die Privatsphäre der betroffenen Personen sowie die Vertraulichkeit der persönlichen Daten geschützt werden, so wie es die zur Zeit der Promulgation des Motu Proprio geltenden Leitlinien der DBK mit dem Verweis auf eine „besondere Beachtung“ der Vertraulichkeit von Informationen vorsehen³¹.

2.4. Bestimmungen im Blick auf Bischöfe und ihnen Gleichgestellte

Der zweite Titel der Bestimmungen regelt die Vorgehensweise gegen Bischöfe, Kardinäle, Obere von Kanonischen Lebensverbänden und all jene, die in verschiedenen Funktionen Leitungsverantwortung tragen bzw. getragen haben, und sei es auch nur vorübergehend. Die Ermittlungen können sich dabei sowohl gegen begangenen sexuellen Missbrauch als auch gegen Verhaltensweisen richten, die zur Verdeckung von Straftaten (Vertuschung) geführt haben. Die Normen gelten dabei für Taten im Sinne des Art. 1 VELM, die während der Amtszeit begangen wurden. Somit können sie sich auch rückwirkend auf ehemalige Amtsträger ausrichten.

Der Normenbereich offenbart das Bemühen um ein konsequentes Vorgehen auch im Fall der benannten Personen und implementiert dazu Normen in das kirchliche Rechtsgefüge, die sowohl die Stellung des Metropoliten als auch die Zuständigkeit der Römischen Dikasterien, insbesondere der Kongregation für die Glaubenslehre, stärken. Worin liegen diese?

2.4.1. Meldepflicht

Sollte ein in Art. 6 VELM Benannter von einer entsprechenden Meldung betroffen sein, ist diese gemäß Art. 8 § 1 VELM umgehend an das zuständige Dikasterium – in diesem Fall an die Kongregation für die Glaubenslehre – und an den Metropoliten der Kirchenprovinz weiterzuleiten, in der die betreffende Person ihren Wohnsitz an. Im Fall, dass der Metropolit selbst betroffen ist, erfolgt die Benachrichtigung gemäß Art. 8 § 2 VELM an den dienstältesten Suffraganbischof, bei Päpstlichen Gesandten gemäß § 3 direkt an das Staatssekretariat. Im Fall eines Bischofs aus den katholischen Ostkirchen wird das Verfahren nach Art. 9 VELM analog geregelt. Hier ergeht ebenfalls eine unmittelbare Information an den Heiligen Stuhl.

³¹ Vgl. DBK, Ordnung-2013 (s. Anm. 17), Nr. 18.

Als wesentliche Neuerung normiert das *Motu Proprio*, dass der Erzbischof der Metropole gemäß Art. 10 § 1 VELM unmittelbar das zuständige Dikasterium um den Auftrag bittet, die Untersuchung einzuleiten. Kann er gemäß Art. 12 § 6 VELM nachweisen, dass er sich dabei in einem Interessenskonflikt mit der Gefahr für die notwendige Unparteilichkeit befindet, ist er verpflichtet, den Umstand dem zuständigen Dikasterium zu melden, um gegebenenfalls von der Untersuchung entbunden zu werden. Das Dikasterium muss innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Meldung konkrete Vorgehensweisen für den Fall vorlegen. Ebenso kann gemäß Art. 11 VELM die Kongregation für die Glaubenslehre veranlassen, eine andere Person als den Metropoliten mit der Untersuchung zu beauftragen, auf die die gleichen entsprechenden Normen Anwendung finden.

Mit diesen Bestimmungen unterbindet das *Motu Proprio* rechtlich ein Verschleppen der vorgenommenen Meldung und verpflichtet die beteiligten Personen und Einrichtungen zu einem zügigen Handeln. Gleichzeitig will das normierte Verfahren sicherstellen, dass lokale Mittel und Strukturen auch bei der möglichen Ermittlung gegen Bischöfe genutzt werden³². Für den Fall, dass der Metropolit gemäß Art. 10 § 1 VELM die Anschuldigungen hingegen für „offenkundig“, und das heißt nachweislich für „haltlos“, hält, ergeht eine Information an den päpstlichen Gesandten.

2.4.2. Aufgabe des Metropoliten

Außer für den Fall, dass er selbst von einer Untersuchung betroffen ist, ist in der Regel der Metropolit Herr des Untersuchungsverfahrens, das er gemäß Art. 12 § 1 VELM entweder persönlich oder „mittels einer oder mehrerer geeigneter Personen“ durchführt. Im letzteren Fall bleibt er für die Leitung und Durchführung der Untersuchung verantwortlich und muss nach Art. 12 § 9 VELM alle dreißig Tage der Kongregation für die Glaubenslehre den Stand der Untersuchungen mitteilen. Die gesamte Untersuchung muss nach Art. 14 § 1 VELM innerhalb der Frist von neunzig Tagen oder innerhalb der in den Anweisungen des Dikasteriums angegebenen Frist abgeschlossen sein. Zwar sind Fristverlängerungen möglich, doch wird auch hier ein zügiges Vorgehen rechtlich eingefordert.

Zu den Aufgaben des Metropoliten (bzw. des dienstältesten Suffraganbischofs) kann zudem nach Art. 15 VELM die Vornahme vorbeugender Maßnahmen gehören, die gegenüber der beschuldigten Person angemessen sind. Die anfallenden Kosten sollen durch einen Fonds bestritten werden, der von den zuständigen

³² In dieser Frage hatte es vor allem in der US-amerikanischen Bischofskonferenz Debatten gegeben, deren abschließender Entwurf mit der Regelung dieser Frage zugunsten des jetzt vorgelegten Verfahrens im November 2018 vom Apostolischen Stuhl gestoppt worden war.

Autoritäten gemäß cc. 116 und 1303 § 1 n. 1 CIC eingerichtet und entsprechend den kodikarischen Normen verwaltet wird.

Nach Abschluss der Untersuchung übermittelt der Metropolit (bzw. der dienstälteste Suffraganbischof) gemäß Art. 17 § 1 VELM die Untersuchungsakten mit dem Votum an das zuständige Dikasterium. Mit Beendigung des Verfahrens erlöschen die Vollmachten des Metropoliten (bzw. des dienstältesten Suffraganbischofs) und das zuständige Dikasterium wird gemäß Art. 18 VELM so verfahren, wie es für den Fall vorgesehen ist, außer für den Fall, dass eine zusätzliche Untersuchung verfügt wird.

2.4.3. Einbeziehung qualifizierter Personen

Unter Berücksichtigung bestehender Partikularnormen kann sich der Metropolit als Herr des Verfahrens für die gesamte Untersuchung der Mitarbeit qualifizierter Personen bedienen, die gemäß c. 228 CIC und c. 408 CCEO auch von Laien geleistet werden kann. Auch diese unterstehen dem Erfordernis einer notwendigen Unparteilichkeit. Die Normen sehen vor, dass Bischofskonferenzen und Bistümer Listen von qualifizierten Personen erstellen, die zur Zusammenarbeit bereit sind und diese nach Art. 13 § 4 VELM mit dem Eid versehen, „den Auftrag angemessen und treu zu erfüllen“.

2.4.4. Unschuldsvermutung

Innerhalb der Bestimmungen zum Untersuchungsverfahren durch den Metropolit (bzw. den dienstältesten Suffraganbischof) taucht schließlich in Art. 12 § 7 VELM die Aussage auf, dass für die Person, gegen die ermittelt wird, die Unschuldsvermutung gilt. Hierbei handelt es sich um eine Rechtsvermutung (*praesumptio iuris*), die durch das Gesetz selbst aufgestellt wird. Demnach muss während des gesamten Verfahrens zunächst von der Unschuld der beschuldigten Person ausgegangen werden. Sie gilt bis zum Beweis des Gegenteils. In einem gewissen Ausgleich zwischen den in der Untersuchung berührten Rechten der beteiligten Personen erscheint der knappe Hinweis auf die Unschuldsvermutung als ein wichtiger Bestandteil eines nach grundlegenden Rechtsprinzipien ausgerichteten Untersuchungsverfahrens. Inwieweit daraus im möglichen Fall einer Entlastung der beschuldigten Person auch eine Wiedergutmachung entstandenen Schadens abgeleitet werden kann, bleibt eine theoretische Frage. Aus der Praxis sind bei Entlastung des Beschuldigten jedenfalls kaum Fälle echter Rehabilitation durch kirchliche Autoritäten bekannt. Vielmehr bewahrheitet sich dann zu Lasten des Beschuldigten das auf den englischen Philosophen und Juristen Francis BACON (1561-1626) zurückgehende Wort: *Semper aliquid haeret*.

3. ANFRAGEN UND AUSSICHTEN

Als Fazit dieser ersten Überlegungen zu den zentralen Perspektiven des Motu Proprio *Vos estis lux mundi* kann festgestellt werden, dass es sich um ein bedeutsames universalkirchliches Gesetz handelt, das dem unmissverständlichen Willen der Kirche Ausdruck verleiht, den Umgang mit sexualisierter Gewalt an Minderjährigen und schutz- oder hilfebedürftigen Erwachsenen mit eindeutigen rechtlichen Bestimmungen zu reglementieren. Im Detail werden sich auf Zukunft hin auch Anfragen und Veränderungsdesiderate ergeben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollen lediglich exemplarisch drei thematische Bezugspunkte zum Motu Proprio erwähnt werden, die zugleich als erster Ausblick gelten können.

3.1. Anzeigepflicht

Die Bestimmung des Art. 19 VELM bekennt sich zur Einhaltung der staatlichen Gesetze, insbesondere „in Bezug auf allfällige Meldepflichten an die zuständigen zivilen Behörden“. Dem ist vollumfänglich zuzustimmen. Peter PLATEN hat darauf hingewiesen, dass sich die verpflichtete Weitergabe von Informationen zu einem Verdachtsfall im kirchlichen Kontext an die staatlichen Strafverfolgungsbehörden in der Praxis „mitunter als problematisch“ erweisen kann³³. Im Unterschied zu unabhängigen Anlaufstellen führt der Kontakt von Betroffenen mit den kirchlichen Ansprechpartnern gemäß den zur Zeit der Promulgation des Motu Proprio geltenden Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz³⁴ dazu, dass bei Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für einschlägige Straftaten die Informationen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden, es sei denn, einer der darin genannten Ausnahmegründe liegt vor. Eine interne Behandlung des Falls ist damit ausgeschlossen und soll ja auch bewusst vermieden werden, um der Gefahr einer Vertuschung entgegenzuwirken. Der Nachteil dieses rechtlichen Melde-Automatismus liegt jedoch darin, dass es für Betroffene und ihre Angehörigen unfreiwillig zu Belastungen führen kann, die vor allem in der öffentlichen Begegnung mit den Vorkommnissen der Straftat gründen. Von daher ist Peter PLATEN zuzustimmen, wenn er, bei unbedingtem Festhalten der verpflichteten Weitergabe strafrechtlich relevanter Informationen an die Staatsanwaltschaft, die Etablierung von Instrumenten fordert, „durch die Betroffene oder deren Angehörige unabhängig von der Kirche über das Verfahren und die damit verbundenen Konsequenzen informiert und beraten und im Verfahren selbst be-

33 PLATEN, Sexualisierte Gewalt an Schutzbefohlenen (s. Anm. 6), 198-201, hier 199 f.

34 Vgl. DBK, Ordnung-2013 (s. Anm. 17), Nr. 29-31, aktualisiert: DBK, Ordnung-2020 (s. Anm. 6), Nr. 29 und 33-35.

gleitet werden“³⁵. Damit ist eine notwendige Information gesichert, auch wenn die persönlichen Konsequenzen durch ein entsprechendes staatsanwaltliches Strafverfahren zumeist nicht vermieden werden können.

3.2. Kirchlicher Anwalt

Auch das Motu Proprio leidet an einem Mangel, auf den Heribert HALLERMANN in seinen Überlegungen zur Rolle des Anwalts im kirchlichen Strafprozess und vor allem seine Nicht-Rolle in der Voruntersuchung gemäß c. 1717 CIC nachdrücklich hingewiesen hat³⁶. Aus der kirchlichen Praxis wird immer wieder berichtet, dass Kleriker, gegen die eine Anschuldigung sexualisierter Gewalt erhoben wurde, zu einem Gespräch in das Generalvikariat einbestellt werden, ohne vorhergehend Informationen zum Grund des Gespräches zu erlangen. Nach der Konfrontation mit den Inhalten der Beschuldigung wird der Betreffende oft nachdrücklich gebeten, ein entsprechendes Papier zu unterschreiben, mit dem er sein Einverständnis für die in Gang zu bringende Voruntersuchung und die Weitergabe der Informationen an die Staatsanwaltschaft geben soll. Nicht selten erfolgt kein vorausgehender Hinweis auf die mögliche Hinzuziehung einer Person des Vertrauens gemäß den Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz³⁷ noch ein Hinweis auf das Hinzuziehen eines kirchlichen oder weltlichen Anwalts.

Unabhängig von den konkreten Fällen wird daran exemplarisch das Fehlen der anwaltlichen Tätigkeit im ersten Gespräch wie in der Voruntersuchung gemäß c. 1717 § 1 CIC offenkundig. Ein Beschuldigter gelangt in eine Vernehmung, die ihm keinen vertrauenswürdigen oder rechtlichen Beistand zusichert. Er sieht sich dabei Anschuldigungen ausgesetzt, auf die mit Ruhe und Objektivität zu antworten er sich ohne anwaltliche Hilfestellung nicht in der Lage sieht. Daher normiert § 114b Abs. 1 der staatlichen Strafprozessordnung ausdrücklich, dass der „Beschuldigte [...] unverzüglich und schriftlich in einer für ihn verständlichen Sprache über seine Rechte zu belehren“ ist und dieser die Kenntnis der Belehrung – vornehmlich das Aussageverweigerungsrecht und das Anwaltsrecht – bestätigen muss. In nicht wenigen Fällen tritt ein kirchlicher Anwalt aber erst nach der Voruntersuchung und damit zu einem Zeitpunkt in das Geschehen ein, wenn er nach Ansicht von HALLERMANN „nur noch sehr begrenzte Mög-

³⁵ PLATEN, *Sexualisierte Gewalt an Schutzbefohlenen* (s. Anm. 6), 200.

³⁶ Vgl. dazu HALLERMANN, H., *Die Rolle des Anwalts im kirchlichen Strafprozess*: Pulte, M. (Hrsg.), *Tendenzen der kirchlichen Strafrechtsentwicklung*. (KStKR 25) Paderborn 2017, 81-109.

³⁷ Vgl. dazu DBK, *Ordnung-2013* (s. Anm. 17), Nr. 23 sowie DBK, *Ordnung-2020* (s. Anm. 6), Nr. 21.

lichkeiten besitzt, die subjektiven Rechte des Beschuldigten zu schützen“³⁸. Verschiedentlich ist darauf hingewiesen worden, dass entscheidungsrelevante Schritte des Verfahrens ohne einen Rechtsbeistand des Beschuldigten nicht gesetzt werden dürfen und dass darauf zu achten ist, dass der Beschuldigte nicht dazu verleitet wird, Aussagen im Unklaren über seine Rechte und ohne Beistand eines Anwalts zu tätigen, zu denen er nicht verpflichtet ist und deren Konsequenzen für einen möglichen Strafprozess er in diesem Moment nicht absehen kann³⁹.

Auch das *Motu Proprio* beseitigt diesen Mangel nicht, wodurch der ausdrückliche Hinweis auf die geltende Unschuldsvermutung des Beschuldigten an Aussagekraft verliert. Hier gilt es universal- und partikularrechtlich im Sinne eines innerkirchlichen Rechtsschutzes erheblich nachzubessern. Das gebietet auch und gerade der Ernst der Strafprozesse aufgrund der Anschuldigungen sexuellen Missbrauchs.

3.3. Auswirkungen auf die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz

Es ist erkennbar geworden, dass einige der normativen Vorgaben insbesondere im ersten Titel des *Motu Proprio* bereits in den Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 2013 ihre Umsetzung gefunden hatten. Diese sind in den in der Zwischenzeit überarbeiteten und mit dem 1.1.2020 in Kraft getretenen neuen Leitlinien nochmals vertieft und teilweise erkennbar erweitert worden.

Ein entscheidender Punkt wird sich durch den zweiten Titel des *Motu Proprio* ergeben. Das gebietet die rechtliche Vorgabe, insbesondere auch jene Verhaltensweisen sanktionsrechtlich zu verfolgen, die zu einer Beeinflussung oder Umgehung der strafrechtlichen Verfolgung von Fällen sexuellen Missbrauchs geführt haben. Das erfordert aber auch die Bereitschaft, entsprechende Verhaltensweisen transparent werden zu lassen und sie rechtlich zu beurteilen. Dafür ist ohne Zweifel Mut notwendig, doch gehört auch dieses Vorgehen zur unverzichtbaren Aufarbeitung von Versäumnissen, Fehlern und möglichen Straftaten.

4. BEURTEILUNG

Der emeritierte Papst BENEDIKT XVI. hat in seinen persönlichen Überlegungen im Vorfeld des sog. „Missbrauchsgipfels“ eindringliche Worte zu den schrecklichen Tatsachen des sexuellen Missbrauchs in der Kirche gefunden. Sie wurden

³⁸ HALLERMANN, Rolle des Anwalts (s. Anm. 36), 92.

³⁹ Vgl. HALLERMANN, Rolle des Anwalts (s. Anm. 36), 92 mit Verweis auf PAARHAMMER, H., Das Strafverfahren: HdbkathKR², 1212-1222, hier bes. 1218.

später der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt⁴⁰. Er hat mit seinen Darlegungen keine umfassende Analyse vorlegen, sondern „den einen oder anderen Hinweis zur Hilfe in dieser schweren Stunde“ geben wollen⁴¹. Die von ihm angeführten Gründe verstehen sich deshalb, wie es Andreas WOLLBOLD formuliert, „auch nicht als Alternative zu anderen sachgerechten Punkten“⁴².

In seinen Überlegungen fordert der emeritierte Papst unter anderem „ein ausgewogenes Kirchenrecht, das dem Ganzen der Botschaft Jesu entspricht“ und das eben nicht „garantistisch“ für den Angeklagten wirkt⁴³. Ein ausgewogenes Kirchenrecht, und vor allem ein entsprechendes Sanktionsrecht, muss zugleich alles dafür bereitstellen, dass Opfern Gerechtigkeit und Schutz widerfährt und es muss damit auch den Glauben der Kirche schützen, der als ein „wichtiges Rechtsgut“ der Kirche durch solche Straftaten ebenfalls verletzt wird, namentlich als Glaube des Einzelnen und als Glaube der Kirche⁴⁴.

Wenn man mit diesem Blickwinkel auf das vorliegende Motu Proprio schaut, steht es offenkundig in der Reihe einer schmerzhaften, aber notwendigen Wiederentdeckung des kirchlichen Sanktionsrechts und seiner Anwendung. Wer das Strafrecht des Kodex von 1917 kennt, weiß, wie konsequent Vergehen des Klerus bestraft wurden, gerade auch solche unter Ausnutzung seelsorglicher Vertrauens- und Nähesituationen wie im Sakrament der Beichte. Diese Klarheit verloren zu haben, gilt als eine der Hauptursachen für den zweifelhaften Umgang mit Missbrauchstätern. Das Motu Proprio setzt den Weg der notwendigen Wiederentdeckung des kirchlichen Sanktionsrechts als wirksame Maßnahme konsequent fort. Es ist daher im gegenwärtigen Augenblick als ein wichtiger Meilenstein im Prozess der Aufarbeitung zu sehen, aber auch in seiner Wirkung mit Blick auf Abschreckung und Prävention zu würdigen.

* * *

ABSTRACTS

Dt.: Der Beitrag richtet einen ersten Blick auf das Motu Proprio *Vos estis lux mundi*, das Papst FRANZISKUS als Konsequenz aus dem sog. „Missbrauchs-

40 BENEDIKT XVI., Die Kirche und der Skandal des sexuellen Mißbrauchs: KIBl 99 (2019) 75-81.

41 Ebd., Einleitung.

42 WOLLBOLD, A., Vom Umgang mit dem Missbrauch: KIBl 99 (2019) 105-111, hier 105.

43 BENEDIKT XVI., Die Kirche (s. Anm. 40), II, 2.

44 Ebd.

gipfel“ (Februar 2019) zum 1.6.2019 in Kraft gesetzt hat. Aus den beiden Hauptteilen des päpstlichen Gesetzes werden zentrale Perspektiven herausgearbeitet, erläutert und in Beziehung zu den Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz gesetzt. Exemplarisch werden abschließend Anfragen, die sich in Bezug auf die Bestimmungen ergeben, benannt und mit Desideraten versehen.

Ital.: Questo intervento rivolge un primo sguardo al Motu Proprio *Vos estis lux mundi*, entrato in vigore grazie a Papa FRANCESCO il primo Giugno 2019 conseguentemente al così detto „vertice sugli abusi“ (Febbraio 2019). Verranno enucleate ed illustrate le prospettive centrali di entrambe le parti principali della legge papale e comparate alle linee guida della Conferenza Episcopale Tedesca. A titolo esemplificativo verranno, infine, posti alcuni quesiti a riguardo ed ai quali verranno fornite risposte esaustive.